

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, René Bochmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6894 –**

Regierungsgespräche mit sogenannten Klimaklebern

Vorbemerkung der Fragesteller

Oberbürgermeister verschiedener deutscher Städte führten Gespräche mit der Gruppe „Letzte Generation“, die im Gegenzug zugesichert haben soll, auf Straßenblockaden in diesen Städten zu verzichten (vgl. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/letzte-generation-125.html). Der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, soll Vertreter dieser Gruppe zu einem Gespräch eingeladen haben (vgl. www.berliner-kurier.de/berlin/wissing-trifft-am-2-mai-aktivisten-von-klimaschutzgruppe-letzte-generation-li.340426).

Im Dezember 2022 kam es zu Aktionen gegen die Verkehrsflughäfen München „Franz-Josef-Strauß“ (MUC) und Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) (vgl. www.fr.de/politik/letzte-generation-flughafen-muenchen-lande-bahn-festgeklebt-rollfeld-klima-aktivisten-news-ticker-zr-91963684.html). Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt in diesem Zusammenhang. Die Staatschutzkammer des Landgerichts Potsdam hat den Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 (https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/staatsanwaltschaft-neuruppin_letzte-generation_-_bundesweite-durchsuchungen-bei-mitgliedern-68121771.html) des Strafgesetzbuches (StGB) im April 2023 bestätigt (vgl. www.moz.de/nachrichten/brandenburg/letzte-generation_-landgericht-potsdam-sieht-klimakleber-als-kriminelle-vereinigung-70631589.html).

Zuvor, am 4. Januar 2023, konnte die Polizei verhindern, dass mit Pressluft-hämmern die Invalidenstraße vor dem Ministerium für Digitales und Verkehr zerstört wird (vgl. www.welt.de/videos/video243034847/Berlin-Klimaprotest-mit-Presslufthammer-vor-Verkehrsministerium.html). Am 7. März 2023 wurde die denkmalgeschützte Fassade des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) mit Farbe besprüht (vgl. www.rnd.de/politik/letzte-generation-in-berlin-klimaaktivisten-bespritzen-verkehrsministerium-YGMVXW6TY56ZW4IAYPR4QMZYBM.html). Unmittelbar vor dem in Rede stehenden Gesprächstermin kam es zu Straßenblockaden in Berlin (vgl. www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-wissing-proteste-klimakleber-letzte-generation-100.html). Umgehend nach diesem Gespräch wurden Straßenblockaden fortgesetzt und erneut ein Verkehrsflughafen attackiert (vgl. www.berliner-zeitung.de/news/flughafen-ber-letzte-generation-besprueht-privatjets-mit-farbe-li.345392).

Der Gesprächstermin wurde auf Antrag der Fraktion der AfD im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages zum Gegenstand einer Selbstbefassung gemacht (vgl. www.bundestag.de/resource/blob/946630/7f630bd2d54cc81e0872ffea9df966ad/44-Sitzung-10-05-2023-data.pdf). Die Chance, die in Zusammenhang mit dem in Rede stehenden Gesprächstermin aufgeworfenen Fragen bereits durch den angeforderten Bericht im Ausschuss zu beantworten, hat das Bundesministeriums für Digitales und Verkehr aus Sicht der Fragesteller vergeben. Der Bericht erscheint den Fragestellern ausweichend, verschleiern und den Eindruck erweckend, es handele sich um ein übliches Beteiligungsformat für Verbände und Organisationen. Somit erscheint eine Kleine Anfrage zur Klärung des Sachverhalts geboten.

1. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass auf Einladung des Bundesministers für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, an die Gruppe „Letzte Generation“ am 2. Mai 2023 zwischen 14.00 und 16.00 Uhr in den Amtsräumen des BMDV ein dienstliches Gespräch stattgefunden hat, sodass ein Informationsinteresse des Deutschen Bundestag an den Ergebnissen begründet ist?

Am 2. Mai 2023 fand zwischen 14 und 16 Uhr ein informeller Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Gruppe „Letzte Generation“ und dem Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, in den Räumen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr in Berlin statt.

2. War dem Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, am 2. Mai 2023 die im bereits im April 2023 ergangene Entscheidung der 1. Großen Strafkammer – zugleich Staatsschutzkammer – des Landgerichts Potsdam bekannt, die eine Beschwerde gegen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 (https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/staatsanwaltschaft-neuruppin_letzte-generation_-_bundesweite-durchsuchungen-bei-mitgliedern-68121771.html) StGB als unbegründet verworfen hat (vgl. www.moz.de/nachrichten/brandenburg/letzte-generation_landgericht-potsdam-sieht-klimakleber-als-kriminelle-vereinigung-70631589.html)?

Nein.

3. Wenn der in Frage 2 genannte Beschluss der Staatsschutzkammer des Landgerichts Potsdam dem Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, nicht bekannt gewesen sein sollte, hätte er nach Kenntnis der Bundesregierung gleichwohl eine Gruppe in ein öffentliches Dienstgebäude eingeladen, gegen die wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB ermittelt wird?

Der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, prüft Terminanfragen jeweils anhand der zum Zeitpunkt einer Anfrage tatsächlich bekannten Informationen.

4. Bergen aus Sicht der Bundesregierung derartige Einladung an Gruppen wie die der „Letzten Generation“ die Gefahr der Zurverfügungstellung einer medialen Plattform mit dem Ergebnis, zusätzliche Spenden von internationalen Unterstützern zur Fortsetzung ihrer rechtswidrigen Aktionen zu requirieren?

Das Gespräch diene aus Sicht der Bundesregierung dem Austausch und dem Dialog, der zum Wesen der Demokratie gehört.

5. Waren dem Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, nach Kenntnis der Bundesregierung vor Gesprächsbeginn die seitens der Gruppe „Letzte Generation“ kommunizierten und im Internet veröffentlichten Forderungen bekannt (vgl. [letztegeneration.de/forderungen/](https://www.letztegeneration.de/forderungen/)), und war Bundesminister Dr. Volker Wissing offen, für eine Beendigung von Straßenblockaden die Forderung der Gruppe nach einem allgemeinen Tempolimit auf deutschen Autobahnen sowie nach einem dauerhaften „9-Euro-Ticket“ zu erfüllen?
6. War der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, nach Kenntnis der Bundesregierung vor Gesprächsbeginn bereit, für eine Beendigung von Straßenblockaden die weitergehende Forderung der „Letzten Generation“ nach der Einrichtung eines „Gesellschaftsrats“ zu unterstützen (vgl. [letztegeneration.de/forderungen/](https://www.letztegeneration.de/forderungen/))?
7. Wenn der Bundesminister Dr. Volker Wissing nach Kenntnis der Bundesregierung nicht bereit gewesen sein sollte, die in den Fragen 5 und 6 genannten Forderungen zu unterstützen, welche weiteren Angebote war der Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing in diesem dienstlichen Gespräch bereit zu machen, um eine Beendigung von Straßenblockaden durch die Gruppe Letzten Generation zu erreichen?
8. Konnten die Vertreter der „Letzten Generation“ nach Kenntnis der Bundesregierung bei diesem Gesprächstermin am 2. Mai 2023 überzeugende wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlegen, um die nach Ansicht der Fragesteller fehlenden Beweise für sogenannte imaginäre Kippunkte zu belegen, da die These angeblicher „Kippunkte“ als Begründung des Namens der Gruppe, der Dringlichkeit der Maßnahmen und für ihr militantes Vorgehen dient (vgl. www.welt.de/wissenschaft/article244282479/Klimawandel-So-trickste-eine-Forschergruppe-die-Kippunkt-Warnung-in-die-Debatte.html)?
9. Wurde seitens des Bundesministers für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, nach Kenntnis der Bundesregierung in dem in Rede stehenden Gespräch problematisiert, dass am 1. Mai 2023 mutmaßliche Angehörige der „Letzten Generation“ mit Plakaten mit der Losung „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ in einem Demonstrationszug durch einen Berliner Stadtteil marschierten, in dem das Einkommensteueraufkommen pro Kopf höher liegt als im Berliner Durchschnitt, und diese Demonstration nach Auffassung der Fragesteller von dessen Einwohnern durchaus als Enteignungsforderung und Bedrohung interpretiert werden könnte (vgl. [taz.de/1-Mai-Protest-im-Berliner-Grunewald/15928512/](https://www.taz.de/1-Mai-Protest-im-Berliner-Grunewald/15928512/)) ?
15. War dem Bundesminister Dr. Volker Wissing vor Beginn des am 2. Mai 2023 um 14.00 Uhr angesetzten Gesprächstermins nach Kenntnis der Bundesregierung zu Ohren gekommen, dass es in Berlin unmittelbar zuvor erneut zu Blockaden von Straßen gekommen war (vgl. www.morgenpost.de/berlin/article238169599/klimakleber-letzte-generation-berlin-heute-aktuell-blockade-live-blog-0405.html), und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass eine spontane Gesprächsabsage eine probate Antwort angesichts wiederum Hunderter genötigter Ver-

kehrsteilnehmer in Autos, Lieferfahrzeugen und in BVG (Berliner Verkehrsbetriebe)-Bussen gewesen wäre?

Die Fragen 5 bis 9 und 15 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Forderungen und Aktionen der „Letzten Generation“ sind allgemein bekannt. Inhalt des Gesprächs waren die klimapolitische Situation im Allgemeinen und Handlungsoptionen zur Minderung der Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich. Der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, erläuterte die zahlreichen, bereits ergriffenen und in Arbeit befindlichen Klimaschutzmaßnahmen sowie die weitere, im Beschluss des Koalitionsausschusses vom 28. März 2023 vorgezeichnete Vorgehensweise der Bundesregierung. Der Dialog und die Auseinandersetzung gerade mit konträren Positionen sind Kernelemente eines lebendigen demokratischen Prozesses.

10. Kann die Bundesregierung bestätigen dass der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, am 8. Dezember 2022 nach einer Blockade von Landebahnen am Flughafen München auf einer Pressekonferenz davon sprach, dass es sich bei der durch die Gruppe der „Letzten Generation“ organisierten Aktion um „kriminelle Machenschaften“ handele, die „Grenze des Legitimen“ überschritten sei, auf die „mit aller Härte des Gesetzes“ reagiert werden müsse, sowie dass „das Verständnis für ihre Anliegen“ verspielt werde (vgl. www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Wissing-geht-hart-mit-Klimaaktivisten-ins-Gericht-article23771324.html)?
11. Wenn Frage 10 bejaht wird, ist nach Einschätzung der Bundesregierung der in der Rechtswissenschaft gebräuchliche Begriff „Straftaten“ zutreffend für das, was Bundesminister Dr. Volker Wissing mit der Umschreibung „kriminelle Machenschaften“ meinte?
12. Wenn Frage 10 bejaht wird, könnte nach Einschätzung der Bundesregierung Bundesminister Dr. Volker Wissing mit „Grenze des Legitimen überschreiten“ auch rechtswidrige und schuldhaftige Handlungen gemeint haben, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklichen, das eine Strafdrohung beinhaltet?
13. Besteht nach Auffassung der Bundesregierung die Gefahr, dass die Gruppe der „Letzten Generation“ vergleichbar mit der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe zu einer „Klima-RAF“ entwickeln könnte (vgl. www.merkur.de/politik/letzte-generation-dobrindt-illner-zdf-klima-kleber-blokkade-raf-vergleich-92242127.html)?
17. Gab und gibt es Einladungen von Bundesministern oder Bundesministerien an weitere Gruppen, die zwar wie die „Letzte Generation“ mit „kriminellen Machenschaften“ (vgl. Frage 10) vorgehen, dieses aber kein Hinderungsgrund ist, seitens des Bundesministers für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, in sein Ministerium eingeladen zu werden?

Die Fragen 10 bis 13 und 17 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Strafrechtlich relevante Handlungen – darauf hat der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, in der Vergangenheit wiederholt und auch bei diesem Gespräch ausdrücklich hingewiesen – sind nicht Teil des demokratischen Prozesses. Die Verfolgung strafrechtlich relevanter Handlungen gehört zu den Aufgaben der Strafverfolgungsbehörden.

14. Hält die Bundesregierung die Forderung der „Letzten Generation“ nach Einrichtung eines „Gesellschaftsrats“, in dem Maßnahmen zu erarbeiten sowie die damit verbundenen Gesetzesvorhaben in das Parlament einzubringen seien und die Regierung dort für die „nötige Überzeugungsarbeit“ sorgen solle (vgl. letztegeneration.de/forderungen/), mit Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) vereinbar?

Beteiligungsformate wie ein „Gesellschaftsrat“ können nicht die Diskussion und Entscheidungsfindung von im Grundgesetz definierten und demokratisch legitimierten Institutionen ersetzen. Die Vereinbarkeit eines „Gesellschaftsrats“ mit dem Grundgesetz würde von dessen Ausgestaltung im Einzelnen abhängen.

16. Gab und gibt es Einladungen weiterer Bundesminister oder Bundesministerien an die Gruppe „Letzte Generation“?

Nein.

18. Beabsichtigt der Bundeskanzler oder das Bundeskanzleramt, eine Einladung an die Gruppe „Letzte Generation“ nach dem aus deren Sicht „konstruktiven und ergebnisreichen“ Gespräch mit dem Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, auszusprechen (vgl. www.fr.de/politik/ergebnisreiches-gespraech-zwischen-wissing-und-letzter-generation-jetzt-ist-der-kanzler-gefragt-92250162.html)?

Nein.

